

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Sind die Haftanstalten in Bremen an der Kapazitätsgrenze?

Viele deutsche Gefängnisse haben ihre maximale Kapazitätsgrenze erreicht. Ob in Sachsen, Baden-Württemberg, Berlin oder Rheinland-Pfalz, überall sitzen in den einzelnen Justizvollzugsanstalten derzeit mehr Häftlinge als ursprünglich vorgesehen, wie eine Umfrage der Deutschen Presseagentur ergab. Hafträume müssen deshalb doppelt belegt oder Gefangene in Haftanstalten anderer Bundesländer verlegt werden.

Jeden Monat bekommen die Mitglieder des Rechtsausschusses einen Bericht über die derzeitige Belegung der Justizvollzugsanstalten in Bremen und Bremerhaven. Es wurde monatlich berichtet, dass die Haftanstalten ausgelastet, teilweise sogar überbelegt sind. In Bremen ist es bereits so, dass Gefährder oder Häftlinge mit lebenslanger Strafe mit anschließender Sicherheitsverwahrung nach §66 StGB nicht in den Justizvollzugsanstalten des Landes Bremen untergebracht werden. Gefährder sitzen in der Regel im Polizeipräsidium Bremen ein und Sicherheitsverwahrte werden in die JVA Rosdorf überstellt. Es zeigt sich in den letzten Jahren, dass es einen kontinuierlichen Anstieg von Eingängen von Strafsachen bei der Staatsanwaltschaft Bremen gibt und somit auch bei den Gerichten. Darunter befinden sich immer mehr Haftsachen, das heißt die Beschuldigten müssen bereits vor der Verurteilung zur Untersuchungshaft bis zu 6 Monate in der JVA untergebracht werden. All diese Umstände stellen die Leitungen der Justizvollzugsanstalten im Land Bremen und insbesondere die Justizvollzugsangestellten vor eine große Aufgabe.

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:

1. Wie hoch ist die derzeitige Auslastung der JVAs in Bremen und Bremerhaven in Prozent?
2. Wie viele Plätze sind derzeit noch frei in den JVAs Bremen und Bremerhaven (Stichtag 01.05.2018)
3. Wie viele Justizvollzugsbeamte arbeiten zurzeit in den Justizvollzugsanstalten in Bremen und Bremerhaven?

4. Inwieweit sind alle Planstellen der Justizvollzugsbeamten in den Haftanstalten besetzt?
5. Wie haben sich die Zahlen der Einstellungen, Beförderungen und Pensionierungen bei den Justizvollzugsbeamten in den Jahren 2013 bis 2018 entwickelt?
6. Welche Ergebnisse haben sich aus der Mitarbeiterbefragung der JVA Bremen zur Arbeitszufriedenheit ergeben?
7. Wie hat sich der Krankheitsstand der Justizvollzugsbeamten in den Justizvollzugsanstalten in Bremen und Bremerhaven von 2013 bis 2018 entwickelt?
8. Inwieweit hält der Senat es für notwendig mehr Personal für den Justizvollzugsdienst einzustellen und wie will er diese ggf. rekrutieren?
9. Wie viele der Justizvollzugsbeamten werden durchschnittlich täglich bei den Gerichten für die Betreuung der Untersuchungshäftlinge, Vorführungen und Begleitung von Hauptverhandlungen benötigt?
10. Wie viel Prozent der Insassen der JVAs arbeiten derzeit und wie werden sie dabei betreut?
11. Wie lange dauert es durchschnittlich von der Verurteilung eines Angeklagten, bis er zu seiner Haftstrafe antreten muss/kann?
12. Inwieweit gibt es Verzögerungen bei der Aufforderung zum Haftantritt aufgrund von Überbelegung der Haftanstalten?
13. Welche Pläne hat der Senat, um das Kapazitätenproblem in den Justizvollzugsanstalten in Bremen und Bremerhaven zu lösen?
14. Wie viel Personal ist zusätzlich in den Justizvollzugsanstalten Bremen und Bremerhaven angestellt, außer den Justizvollzugsangestellten (Köche, Therapeuten, Gärtner, etc.)?
15. Wie hat sich der Krankheitsstand bei den Justizvollzugsbeamten in den Jahren 2013 bis 2018 entwickelt?
16. Inwiefern ist genügend Personal vorhanden, um die Häftlinge bei Lockerungen wie Ausgängen zu begleiten?
17. Welche Möglichkeiten sieht der Senat, um der Auslastung bzw. Überbelegung der Gefängnisse entgegenzuwirken?
18. Inwieweit plant der Senat die derzeitigen Haftanstalten räumlich zu erweitern bzw. eine zusätzliche Haftanstalt zu bauen?

19. Welche sonstigen Möglichkeiten sieht der Senat bei Ausschöpfung der Kapazitäten vor? Inwieweit kommt bspw. eine Verlegung in andere Bundesländer in Betracht?

Dr. Oguzhan Yazici, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU